PROBENUMMER

Einzelpreis 50 Pfennig

Völkischer Beobachter

Erscheint wöchentlich zweimal: Mittwoch und Samstag. — Bezugspreis: Im Inland durch die Post monatlich M. 6,—, vierteljährlich M. 18,—, unter Streifband im Inland und Deutschösterreich monatlich M. 10,—, vierteljährlich M. 30,—, im übrigen Ausland monatlich M. 15,—, vierteljährlich M. 45,—. Postscheckkonto Frz. Eher Nachf., G. m. b. H., München 11346. — Geschäftsstelle: München, Thierschstraße 15. — Fernruf 20647 — Geschäftszeit 8½—4½ Uhr, Samstag 8½—12½ Uhr. — Anzeigenpreis: Die 33 mm breite Grundzeile für Geschäftsanzeigen auswärts brutto M. 2,50, für München M. 2,— mit entsprech. Nachl. Reklamezeile M. 10,— Finanzanzeigen netto M. 2,—. Familienanzeigen M. 1,25. Kleine Anzeigen (Stellengesuche usw.) M. 1,—. Schriftleitung: Schellingstraße 41/I. Fernruf 20647. — Drahtanschrift: Beobachter, München. — Sprechstunden der Schriftleitung: Täglich von 10—12 Uhr vormittags.

Kampfblatt der national-sozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Leiter: Dietrich Eckart

Ausgabe 12 — München (Samstag), den 11. Februar 1922 — 36. Jahrgang

F. M. I. R. Archiv und Museum f. Zeitgeschichte

Nochmals Dr. Wirth — Das Münchner Wohnungsamt und die Polizei — Joseph in Ägypten
Rathenau-Kahn — Vorfrüchte des Handels mit Sowjetrußland

Dr. Wirths Sprüche

Der Streik ist zu Ende, eine neue Atempause ist eingetreten, um den nächsten vorzubereiten. In der Zwischenzeit hat Herr Wirth wieder gesprochen. Und wie hat er gesprochen! Einfach herrlich! Er fing z. B. an: „Nur die nüchternste und straffste Arbeitszucht, der Verzicht auf politische Romantik wie auf einseitige und egoistische Interessenvertretung können uns über die schwere Zeit hinwegbringen." Diese Worte aus dem Munde des Gehilfen Walter Rathenaus sind wert, eingerahmt zu werden. Danach sind nur die Streikenden Egoisten, der Milliardär und Minister Rathenau, der „gläubige Jude, vor dem wir den Hut ziehen können" (Wirth) ist ein hingebungsvoller Menschenfreund und hat sich nur deshalb zum Außenminister Deutschlands ernannt.

Um nachzuweisen, daß ein Streikrecht für Beamte unmöglich anerkannt werden könne, zog Herr Wirth — Sowjetrußland als Beispiel „geordneter (!) Staatsregierungen" heran! Natürlich, denn Moskau-Judäa wird ja nach Plänen Walter Rathenaus „regiert". Was Rußland erlebt, steht auch uns bevor, Jehova wird schon helfen. „Erfülle" nur weiter, deutsches Volk, je mehr du schuftest, um so fester wird die Daumenschraube angesetzt, um so mehr wird Herr Wirth stolz auf seine Leistungen sein können, um so „gewissenhafter" kann er seiner „Pflicht" (so nennt es die „Frankf. Ztg.") nachkommen und den in Gold verwandelten blutigen Schweiß des deutschen Arbeiters in die Börsen der jüdischen Hochfinanz verschwinden lassen. All Heil!

Dr. Wirth und das „Berliner Tageblatt"

Der „katholische" Reichskanzler Wirth hat bekanntlich zu Anfang des Jahres dem „Berliner Tageblatt" zu seinem 50jährigen Bestehen einen Festartikel über den „Beruf der deutschen Demokratie" geschrieben, in dem er dieses Blatt als „Vorkämpfer für freiheitliche Gesinnung im Staat und für die politischen Rechte des Bürgertums" feierte; das „Berliner Tageblatt" (gegründet „zur Wahrung der Interessen des Judentums"!!) sei eines der führenden Organe der fortschrittlichen Strömungen in Deutschland und nicht nur auf politischem, sondern auch auf wissenschaftlichem, kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet ein Faktor des internationalen Geisteslebens gewesen. Der Kanzler wünschte diesem Organ für die nächsten 50 Jahre seit Bestehen erfolgreiche Arbeit im Dienste des Wiederaufbaues Deutschlands und der Welt.

Man hätte eigentlich erwarten sollen, daß in katholischen und überhaupt in christlichen Kreisen diese Äußerungen das nötige Echo ausgelöst hätten, weil es ein katholischer Staatsmann gewagt hat, dieses Christentum, Sitte und Sittlichkeit verhöhnende Judenblatt mit Worten zu feiern, die entweder eine ganz niederschmetternde Unkenntnis der politischen Vergangenheit des „Berliner Tageblatts" oder aber ein volles Einverständnis mit ihr verraten. Aber nichts von alledem! Hat man denn die zahllosen Verhöhnungen, Lächerlichmachungen, Zotereien des „B. T." über den Katholizismus vergessen? Wie sagte doch Alfred Kerr vor einem Jahre vom Katholizismus: „Der Katholizismus ist eine wundersame Welt, die kein Recht zum Sein mehr hat ... die katholische Kirche bedeutet ein Hemmnis!" Und wie hat er seinerzeit anläßlich der Aufführung der Priestertum und Zölibat verhöhnenden „Pfarrhauskomödie" geschweinigelt! „Es ist schon eine Erleichterung, daß man solche Stücke heute spielen darf", schrieb Kerr damals in dem Vorkämpferblatt für „freiheitliche Gesinnung". Und hat man auch die Stellungnahme des „B. T." zum „Reigen"-Prozeß vergessen, alles vergessen?

Und hat man jene frivole Verhöhnung des Weihnachtsfestes („B. T." 24. Dez. 1919, Morgenausgabe) schon vergessen? „Der Abend der Liebe" wird hier geschildert, für den ein Kind sich übt, um „Stille Nacht — Heilige Nacht" seinem Vater vorzuspielen, um ihn zu überraschen. Es wird auch alles klappen und — „Papi Leah" wird maßlos erfreut sein und weich und mild einstimmen — Gottes Sohn — — o wie lacht ... Vorausgesetzt natürlich, daß er überhaupt anwesend ist. Denn wer weiß, ob ihn die Millionensache mit dem Lederverschub nicht gerade am heiligen Abend nach Köln treibt".

Und die politische Haltung des „Berliner Tageblattes"? Gerade wie's trefft! 1914 (Nr. 400 v. 9. Aug.): „Gott, Kaiser, Vaterland!" Die Endstrophen dieses Gedichtes lauten:

„Und eint ein heilig' Band
Gott, Kaiser, Vaterland!
Die Feinde überrannt,
Gott, Kaiser Vaterland!
Nun lodre, Weltenbrand,
Gott, Kaiser, Vaterland!

Dafür wird dann der Kaiser im „Ulk" (26. Sept. 1918) mit Kot beworfen. In Nr. 623 vom 30. Dez. 1919 berichtete es von der von Frankreich geforderten Ablieferung von 25000 Hunden und der des deutschen Kaisers in einem Zuge. „Warum überläßt man nicht den schmutzigen „Matin" und ähnlichen Blättern das traurige Gewerbe, Wehrlose, Gefangene und Tote zu schmähen", schrieb das „B. T." (Nr. 545, vom 26. Okt. 1915). Ja, warum?

Das „Berliner Tageblatt" hatte auch seine große Freude an der Revolution. Schon am 13. Dezember 1915 hatte es verkündet: „Dieser Krieg wird also weitergehen, diese „große Zeit" (vom „B. T." in Anführungszeichen gesetzt!!) wird uns erhalten bleiben, bis irgendwo irgendein Unerwartetes zwischen die Kampfreihen treten wird." Und am 12. November 1918 (Nr. 580) heißt es: „Die deutsche Revolution begrüße ich mit Freuden in der Hoffnung, daß sie die Wege frei macht für ein wirklich modernes deutsches Staatswesen." Und am 18. November heißt es von den meuternden Matrosen: „Sie leisteten durch ihre Tat vom 5. November ihrem Volke unschätzbare Dienste ... Jeder vernünftige Mensch ... wird ihnen dafür danken."

Wenn der Satz von Theodor Wolff („B. T." Nr. 545, 26. Okt. 1915) wahr ist: „Anständigkeit der Gesinnung ist eine Vorbedingung und ein Teil des Patriotismus", dann ist das „B. T." eines der schamlosesten und vaterlandslosesten Blätter in Deutschland. Wer unsere Heerführer als „Mörder" beschimpft, wer diese Revolution verherrlicht, für Sittlichkeit und religiöses Empfinden nur Hohn hat, für den sollte ein deutscher und christlicher Mann (wenn er es wirklich ist) nur Abscheu haben.

Und der christkatholische Reichskanzler „von Gottes Gnaden", Wirth? Er wünscht dem „B. T.", daß es nur fortfahre in seiner Vergiftung und Verhöhnung alles Deutschen zum „Wiederaufbau" Deutschlands. Nur ein katholisches Organ („Die historisch-politischen Blätter") hat den Mut gehabt, wegen Wirths „Berliner-Tageblatt"-Freundschaft ein mannhaftes Wort zu sprechen, und man kann sich ihm nur voll und ganz anschließen: „Ein katholischer Staatsmann, für den das „Berliner Tageblatt" als Faktor des geistigen Fortschritts in Frage kommt, ist für uns als katholischer Staatsmann erledigt." Merkt das deutsche katholische Volk immer noch nicht, in welches Fahrwasser seine politische Vertretung geraten ist? M.

Rathenau—Kahn

Jetzt, wo der Oberjude Rathenau zum Minister des Auswärtigen ernannt ist, damit er seinen teuflischen, von den Weisen von Zion diktierten Plan ungehindert ausführen kann, gewinnt folgende Tatsache an Bedeutung, die leider bisher bei uns zu wenig beachtet wurde. „Plain English" vom 14. Januar und „La vieille France" vom 2. Februar berichten: Die A.E.G. hat soeben einen Vertrag mit der Bank Kuhn, Löb & Co. in Newyork über eine Anleihe von 25 Millionen Mark abgeschlossen. Seit dem Tode von Jakob Schiff, dem Leiter der Bank Kuhn und Löb, ist Herr Otto Kahn führender Direktor. Der technische Direktor der A.E.G., Felix Deutsch, hat die Schwester Kahns geheiratet.

In meinem Aufsatz „Präsident Harding", habe ich schon darauf hingewiesen, daß Kahn vier Nationalitäten besitzt, er ist Jude, Deutscher, Engländer und Amerikaner und hat jüngst von Briand das Kreuz der französischen Ehrenlegion erhalten. Kahn ist ein besonderer Freund Hardings und steht ebenfalls in innigem Verhältnis mit den Bolschewisten Rußlands. — Saubere Beziehungen für einen deutschen Minister des Auswärtigen! Sorgen wir für Aufklärung, daß das deutsche Volk nichts mit dem Juden, der einen Posten bekleidet, den einst Bismarck inne hatte, gemein hat, und dafür, daß er die längste Zeit Minister gewesen ist! Fritz Malende.

Vorfrüchte des Handels mit Sowjetrußland

Die ersten Früchte des „Handels" mit der Sowjetregierung fangen an, sich zu zeigen, und zwar ist es Konstantinopel, wo die erste Blase geplatzt ist: Die dortige, alle bolschewistischen Abmachungen unterstützende Banco-Disconto ist aufgeflogen. Alle bei ihr deponierten Gelder der Sowjetmission in der Höhe von 50 000 Pfund Sterling sind spurlos verschwunden. Weiter hat die Sowjetabordnung den gegen sie angestrengten Prozeß von seiten eines gewissen Jelewsky verloren, der ihr eine große Menge Apothekerwaren verkauft hatte, ohne daß die Herrschaften (da die Waren mittlerweile im Preise gefallen waren) ihre „Staatsschuld" begleichen wollten. Diese Spekulation der Sowjetherren kostete dem Sowjetstaate 10 000 Pfund Sterling, also eine Summe, welche den ganzen Betrag, den deutsche Arbeiter sich für ihre hungernden Berufsgenossen in Rußland vergeblich abgespart haben, bei weitem übersteigt.

Vor etwa vier Monaten erhielten die Konstantinopeler „Russen" aus Sowjetrußland eine Sendung Gold, um damit angefordertes amerikanisches Mehl zu bezahlen. Der amerikanische Vertreter Dey schloß mit dem „russischen" Bevollmächtigten Rabinowitsch einen Vertrag ab, demzufolge dieser (im Namen der Sowjetregierung) 250 000 Lire (40 000 Pfund Sterling) in Gold für die halbe Lieferung anzahlte, um beim Einlaufen der ganzen auch den Rest auszuhändigen. Falls dies nicht geschehen würde, so wäre der Kontrakt als hinfällig und der Vorschuß als verloren zu betrachten. ... Ende Dezember kehrte der amerikanische Dampfer mit dem Mehl aus Batum zurück, da die Bolschewiki nicht imstande waren, dasselbe anzukaufen, angeblich, weil es — bitter sei. In Konstantinopel wurde das Mehl an andere Leute verkauft, 250 000 Lire waren zum Fenster hinausgeworfen. Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir annehmen, daß die ganze Angelegenheit eine Finte des Hebräers Rabinowitsch gewesen ist, der auf diese „legale Weise" sein Geschäftchen auf Kosten des hungernden russischen Volkes machte. Er würde nur dem Beispiele seiner Moskauer Brüder folgen.

So verlor die Sowjetmission im Verlaufe einer kurzen Zeit 100 000 Pfund Sterling, eine Summe, mit welcher man die ganze Krim für zwei bis drei Monate hätte mit Getreide versorgen können.

Die Sowjetherren in Konstantinopel hatten sich aber durch diese „Mißerfolge" nicht einschüchtern lassen und feierten sie in fortlaufenden Schlemmereien in den vornehmsten Restaurants der Stadt. Das Abendessen kostete ihnen dort 1000 Lire (gleich 100 000 deutsche Mark), eine Summe, genügend, um 1000 Arbeiter einen Monat zu ernähren. Die Sowjetmission hat diese Nachricht dementiert, indem sie sagte, die Abende hätten nicht 1000, sondern nur 500 Lire gekostet. ... Was sagt der deutsche Arbeiter zu dieser Verhöhnung?

Und begreift die deutsche Industrie nicht, mit wem sie es zu tun hat?

Höchste Zeit!

(Ein Wort zur polizeilichen Wohnungskontrolle.)

I.

Die endlich beginnende polizeiliche Wohnungskontrolle scheint, einem Artikel der „M. Z." vom 7. Februar zufolge über diese Frage, dem Stadtrat und Wohnungsamt ziemlich unbehaglich zu werden. Die Kontrolle wird insofern mit Einverständnis des Wohnungsamts ausgeführt, als sie diesem die aufgespürten, verfügbaren, bisher verheimlichten Wohnräume namhaft macht.

Genau vor einem Jahr, am 9. Februar 1921, fand im Hofbräuhaus eine von der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei einberufene Versammlung statt, in der ich über Wohnungsnot und Abhilfe sprach. Von der allgemein bekannten und beklagten Tatsache ausgehend, daß das Münchner Wohnungsamt eine vollständig verkehrte und ohnmächtige Organisationsgrundlage hat, wurden damals in einer fast einstimmig angenommenen Entschließung Forderungen aufgestellt, die ebenfalls von einer polizeilichen Kontrolle sprachen. Die jetzige Einführung dieser Kontrolle beweist deutlich genug, daß die damals aufgestellten diesbezüglichen Forderungen aus dem Bereich der einfachsten und zwingendsten Notwendigkeit hervorgingen und einen praktisch gangbaren Weg angaben, der zu einem positiven Erfolg in der Wohnungsnotbehebung, wenn vor einem Jahr sofort beschritten, viel eher geführt hätte, als das heute der Fall sein dürfte; denn heute ist die Verfilzung auf dem Gebiet der Wohnungsfrage schier bis zum Unmöglichen gediehen. Die damaligen Forderungen wurden auch der Regierung eingereicht; Minister Oswald hat darauf geantwortet, daß die Eingabe auf dem Dienstwege einer Würdigung unterzogen worden sei; welcher, das ist uns nicht bekannt geworden.

Gleichviel! Man beginnt wenigstens jetzt einzusehen, „daß etwas geschehen müsse", nachdem trotz „Bautätigkeit" und Ausbau von Keller- und Dachgeschossen" und trotz „Bemühungen" des Wohnungsamtes und Stadtrats die Wohnungsnot größer statt geringer wurde. Die Tatsache der endlich aufgenommenen polizeilichen Kontrolle läßt umgekehrt den Schluß zu, daß die Zustände auf dem Wohnungsmarkt das Unmögliche des Unmöglichen darstellen müssen, wenn die sprichwörtliche Bummelei unserer Ämter zu einem Mittel greift, das vernünftig ist. Eine nichtssagende Umgehungsmöglichkeit des Notwendigen scheint also durchaus nicht mehr vorhanden gewesen zu sein; denn wir haben nicht den Glauben, daß unsere Reformvorschläge die Bekehrung bewirkten, wir sind schon zufrieden damit, daß die Logik der Tatsachen wenigstens sich Eingang verschaffen konnte in den ausgedörrten Bureaukratenseelen. Ein heller Fleck ist also glücklicherweise noch vorhanden!

II.

Die Frage ist nur die: sind die zuständigen Stellen kräftig genug, auch B zu sagen, nachdem sie so einmal A gesagt haben? Nach der Mitteilung der „M. Z." hat die polizeiliche Wohnungskontrolle Fälle von Wohnungsschiebungen bisher schon aufgedeckt, „die kraß zu nennen sind". So kraß, daß es sogar nicht einmal geraten erscheint, „zur Zeit darüber zu sprechen, um die Untersuchung nicht zu gefährden". Mit anderen Worten: die Polizei hat nachgewiesen, daß das ganze Wohnungsamt, wie es geht und steht, mitsamt dem übergeordneten Stadtrat einfach glänzend versagt haben. Mir ist noch gut erinnerlich, daß mir bei einem Besuch in der Ettstraße im Interesse der Wohnungsnotleidenden gesagt wurde: „Die Polizei kann hier nicht eingreifen, das ist Sache des Wohnungsamtes, laut gesetzlicher Bestimmung." Um des toten Buchstabens willen war die wirkungsvollste Behörde also lahm gelegt. Im Zeitalter des sozialen „Aufbaus in jeder Richtung!" Die vom Wohnungsamt ausgeübte Kontrolle war und wird nicht imstande sein, so zu arbeiten wie die Polizei. Wer nur einmal mit dem Wohnungsamt in nähere Berührung kam, bestätigt das, und zwar beweiskräftig. Die polizeiliche Kontrolle meldet nun dem Wohnungsamt die aufgespürten verfügbaren Wohnungen. Gut! Es entsteht die Frage: Ist das Amt fähig, diese Wohnungen so zuzuweisen, wie es recht und billig ist? Es ist nicht nur einmal, sondern

?-mal erlebt worden, daß ein und dieselbe Wohnung drei und vier und mehr Parteien zugewiesen worden ist, obwohl sie bereits ordnungsgemäß unter Beihilfe des Amtes vermietet war. Der Mieter, wie die zugewiesenen Wohnungsuchenden hatten dann stets Gelegenheit, zu bewundern, welch mustergültige Einteilung doch im Wohnungsamt bestehen muß, und welche Festigkeit es besitzt, anderen Leuten die kostbare Zeit wegzustehlen. Ist nun eine solche Einrichtung, wie dieses Wohnungsamt, überhaupt noch nötig? Es kostet jährlich rund 3 Millionen Mark (Steuergelder auch der Wohnungssuchenden!!) und leistet nichts, rein gar nichts.

Damit komme ich auf einen Punkt unserer vorjährigen Forderungen. Von jedem Haus in München liegen auf dem statistischen Amt die genauen Hauspläne, aus denen die Raum- und Lichtverhältnisse jeder einzelnen Wohnung doch klar ersichtlich sind. Die polizeiliche Kontrolle arbeitet bereits, wie gesagt wird, in der Hauptsache zur Ergänzung der Einwohnerlisten, die dem Rätewahnsinn 1919 zum Opfer gefallen sind. Muß da ein Wohnungsamt mit so ungeheuerlichen Geldmitteln unterhalten werden, das von den Wohnungsmöglichkeiten in München so gar keinen Schimmer hat? Oder wäre es nicht einfacher und sparsamer und darum wirksamer, wenn das statistische Amt, die Polizeireviere und das Einwohnermeldeamt eng zusammenarbeiten würden? Dies wäre das B, das der brave Amtsschimmel dem bereits gesprochenen A folgen lassen müßte. Es möchte dann manchen Herrschaften, die in München nichts verloren haben und bisher sich „inkognito" hier bewegen konnten, etwas brenzlig werden, und sie würden — mit Sicherheit kann darauf gerechnet werden — einen „Grund" zu beschleunigter Abreise suchen! Man würde staunen, wie rasch die Wohnungsnot abnähme. Freilich, man darf nicht zu viel auf einmal verlangen, der Amtsschimmel ist schon alt, sehr alt, und seine Knochen schon recht steif. Seine liebste Gangart ist: stehenbleiben und den Kopf einstecken. Warten wir's halt ab!

III.

Eines aber kann ich nicht unbesprochen lassen. Und das geht die Wohnungsnotleidenden selber an. Sie brauchen es wahrlich nicht beschwören, daß ihre Not eine trostlos traurige ist, daß ein großer Teil davon seine Nerven aufreibt, seine Gesundheit und Erwerbsfähigkeit überhaupt ganz zu verlieren droht. Sie haben selber die Erfolglosigkeit von Beschwerden und Bittgesuchen bis hinauf zur Regierung dutzende Male erfahren können. Hilfe wurde ihnen keine! Sie haben Verbände der Wohnungssuchenden gegründet, Entschließungen eingereicht, kurz, Gott und den Teufel versucht; Erfolg gleich Null. Warum? Die Not hat sie feige gemacht. Es muß gesagt werden, so leid es uns tut. Wir haben selbst den Versuch unternommen, die Wohnungssuchenden einheitlich zusammenzuschließen. Freudig wurde der Gedanke begrüßt, aber dann kam die böse Eigenbrödelei, die Angst, irgendwie durch entschlossenes Einstehen für gerechte Forderungen da und dort vielleicht Anstoß zu erregen, weil die Sache von den Nationalsozialisten ausging. Und die sind doch Judenfeinde. Jawohl, aber die Juden, verehrte Volksgenossen, das sind eure Feinde, und die schnappen euch gerade die schönsten Wohnungen vor der Nase weg. Wir haben den Einigungsversuch ohne Parteirücksichten gemacht, weil es sonst kein Verband tat, und wo einer auftauchte, lammherzige Forderungen aufstellte, deren Zweck nichts andres war, als die Wohnungssuchenden hinzuhalten, uneinig zu machen, um ja nicht rücksichtslos einem Krebsschaden auf den Leib rücken zu müssen. Wir wären in der Wohnungsfrage längst zu positiven Erfolgen gekommen, wenn eure Zweifelmeierei und Feigheit nicht wäre. Man kann bekanntlich niemand helfen, der nicht selbst mittut. Angesichts der gezeigten Teilnahmslosigkeit blieb uns nichts übrig, als abzuwarten, bis euch die Not endlich zusammentreiben wird. Beklagt euch nicht, ihr selbst habt es in der Hand, die wirksamen Maßnahmen durch die rückhaltlose Geschlossenheit eures Willens bei den Behörden durchzudrücken. Solange ihr die Kraft des eigenen Willens leugnet, werdet ihr nicht erlöst. Gebratene Tauben fliegen nicht, erst recht nicht zu dem, der sie gerne haben möchte. Hsj.

Joseph von Aegypten ist immer noch tätig

Das Werk Rathenaus, des Meisters der Zwangsaushungerung Deutschlands, die Kriegsgesellschaften, können nicht sterben. In der Nummer 2 der „Zeitschrift des Verbandes der mittleren Verwaltungsbeamten der Reichsvermögensverwaltung" ist ein längerer Aufsatz enthalten über die „Verwertung der Reichsverpflegsämter". Daraus ist ersichtlich, daß das Reichsschatzministerium es für „geboten" erachtet, sämtliche Proviantämter „einheitlich" zu verwerten; es habe sich zu diesem Zweck mit einem in der Bildung begriffenen Konsortium in Verbindung gesetzt. Der Witz der Sache ist aber der: es wird eine „Reichsgetreideaktiengesellschaft" gegründet, wobei nur ganz bestimmte und bevorzugte Kreise der Konsumvereine, der großen Mühlen und internationalen Banken beteiligt werden, die einen überragenden monopolartigen Einfluß auf zukünftige Getreide- und Futtermittelversorgung zugesichert bekommen. Die Landwirtschaft soll dabei als Kapitalgeber ohne Einfluß mittun dürfen. Die Gründung soll zunächst mit 25 Millionen Mark Kapital erfolgen.

Damit würde der Getreidepreis entscheidend bestimmt vom Großkapital, insbesondere von dem in dieser Aktiengesellschaft vertretenen internationalen Leihkapital. Dazu kommt noch, daß unter Mitwirkung der Darmstädter Bank die „Großhandelsaktiengesellschaft für Getreide- und Mühlenfabrikate" gegründet wurde, die einen Gustav Abrahamson und Siegfried Rosenthal zum Vorstand hat. Die Darmstädter Bank befindet sich mit der Nationalbank in Bankgemeinschaft. Das ist deshalb hier von Bedeutung, weil die Nationalbank 45% der Anteile der Reichsgetreideaktiengesellschaft zeichnen soll. Nichts liegt nun näher, als daß die Großhandelsaktiengesellschaft diese Anteile in ihren Besitz bringt und dann ist nur mehr eine Kleinigkeit notwendig, um zu einem reinen Privathandelsmonopol zu gelangen.

Mit anderen Worten: Alles Getreide und seine Überprodukte werden in den Kornkammern des „Joseph von Ägypten" angesammelt. Von da muß es der Müller, der Bäcker, die Hausfrau, kurz der Verbraucher, um Wuchergeld kaufen. So etwas nennt dann das Reich „Verwertung der Reichsverpflegsämter". Daß es ein erbärmlicher Schwindel und volkswirtschaftliche Bankrott- und Auspowerungspolitik ist, beweist sich aus der Tatsache selbst und wird noch klarer, wenn man das Gebaren der berüchtigten Kriegsgesellschaften sich vergegenwärtigt. Das ist ganz genau System Rathenau, in andrer und vielleicht noch grausamerer Form. Proteste der Landwirtschaft und einzelner Parteien, wie der der Deutschnationalen, nützen da gar nichts. Was hier einzig und allein nützlich ist, dürfen wir ja nicht mehr sagen, aber es wird eines Tages ganz von selbst zur Tat; freilich erst dann, wenn das deutsche Volk, das noch so eindeutigen Beweisen nicht glauben will, am eignen Leib und mehr noch in der Seele spürt, daß es dem Weltfeind Alljuda sein Gut und Blut zum Opfer bringt. Die geschilderte Gründung ist die Vorbereitung für einen Brotpreis von 15—20 M. das Pfund. Wer es nicht glauben will, der wird es eines Tages auch so bezahlen müssen! Hsj.

Selbstverständlichkeiten

Gelegentlich der Aburteilung der Memminger „Volksaufwiegler" Dr. Sicius, Hail und Genossen, wurde diesen vom Gericht Bewährungsfrist zugebilligt. Das Gericht hatte in völlig klarer Erkenntnis der Sachlage in der Urteilsbegründung ausgesprochen, daß der Memminger Vorfall mit dem Wucherjuden Rosenbaum der berechtigte Ausdruck des Volksunwillens gewesen sei. Die Gewährung der Bewährungsfrist für die „Aufwiegler" ist die logische Folge dieser Erkenntnis gewesen. Graf Lerchenfeld, Bayerns oberster Justizmann, hat nun nicht etwa die Verurteilten überhaupt begnadigt. Im Gegenteil: er hat die ihnen zugebilligte Bewährungsfrist — aufgehoben!! Das ist durchaus nichts Bemerkenswertes, sondern eine einfache Selbstverständlichkeit, wenn man ein Graf Lerchenfeld ist.

•

Bei dem Stichwort „Nackttänze" wird sich männiglich erinnern, daß auch die Münchener Sozialdemokraten zu „wohltätigen" Zwecken sich mit Hingabe am Ende des vorigen Jahres dieser „hochethischen Kulturbetätigung" widmeten gelegentlich zweier — Herrenabende. Inzwischen hatte die „Münchener Post" Gelegenheit, mit schwülstiger Selbstbefriedigung die Verurteilung Hitlers und Genossen breitzuschlagen und darüber ihren trüben marxistischen „Überzeugungs"schleim zu sieden. Daß ihre lustgeilen Genossen Geldstrafbefehle erhalten haben, hat sie bisher mit jungfräulicher Schamhaftigkeit verschwiegen. Eine Selbstverständlichkeit! Ebenso selbstverständlich haben die Betroffenen es unterlassen, gegen diese Strafbefehle Einspruch zu erheben, nachdem es ihnen die Lerchenfeldsche Justiz durch den juristisch gedeckten Ausweg der Strafbefehlzustellung so leicht machte, stillschweigend über die Sache hinwegzugleiten. Es ist auch selbstverständlich, daß die Herren mit so übermächtig erotischen Trieben nicht in Gefängniszellen einzusperren sind. Es könnten die „wertvollen" Übertriebe ja dort verkümmern!

•

Für den Häuserblock „Alte Heide" dienen als Bierausschank zwei Kantinen, weil für die dort sehr abgelegen wohnenden rund 750 Parteien sonst kein Gasthaus eingerichtet ist. Für die eine Kantine, deren Wirt schon an die 25 Jahre in Schwabing das Wirtsgewerbe betreibt, besteht eine Polizeistunde bis 10 Uhr abends. Für die andere Kantine, die erst nach der genannten entstand und deren Wirt noch nicht einmal die Konzession haben soll, gibt es überhaupt keine Polizeistunde. Man kann dort sogar Schnaps erhalten, ganz gegen die Vorschrift. Wie das kommt? Aber das ist ja wieder eine Selbstverständlichkeit. Nämlich: in der ersten Kantine ist der Wirt ein alter, ehrenwerter Sozialdemokrat; in der zweiten Kantine haust kommunistisch-spartakistisches Wesen. Ebenfalls Sozialisten, die die Solidarität des Proletariats dahin verstehen, daß man seinen sozialdemokratischen Bruder im praktischen Erwerbsleben abdrosseln soll. Und weil in der zweiten Kantine die Spartakeln heimisch hausen, verpetzt man den Wirt der ersten stets bei der Polizei, wenn er seinen Laden um 10 Uhr noch nicht geschlossen hat, weil die dort verkehrenden, um 9 Uhr von der Fabrikschichtarbeit kommenden ruhigen Arbeiter auch ihr Bier haben wollen. Die sollen halt gezwungen sein, in die andere Kantine zu gehen, in der sie ihr Bier mit Spartakistengeist gewürzt genießen können, statt in Ruhe und Zufriedenheit. Im heutigen Bayern eben wieder eine Selbstverständlichkeit: Daß nur ja keine Behörde bei den Spartakistengrößen Anstoß erregt!

•

Weil ich gerade bei den „Spartakeln" bin: Die U.S.P. in Braunschweig will den Sepp Oerter, der eben wegen Bestechlichkeit 4 Monate Kasten aufgebrummt bekam, wieder als Ministerpräsidenten in Vorschlag bringen. Der begehrliche Sepp stammt aus Straubing und hat bereits eine 8jährige Zuchthausstrafe hinter sich. Das macht aber fast gar nichts, im Gegenteil scheint die U.S.P. möglichst viele Zuchthausstrafen als Reifezeugnis für Ministerkandidaten anzusehen. Bei der Gerissenheit verschiedener Regierungsgrößen im Ausbeuteln des deutschen Volkes nicht gerade verwunderlich. Hsj.

Die „Münchner Post"-Demagogie

Die „M. P." fürchtet, daß der Prozeß gegen Hitler und unsere anderen Parteigenossen wieder aufgenommen werde, und deutet zwischen den Zeilen an, die „deutschvölkischen Radaumacher" wollten durch die „Hetze" ein neues Verfahren erzwingen. Wir haben genau die Gründe angegeben, die dieses einfach notwendig machen, wenn das Volksgericht nicht das Vertrauen der weitesten Kreise vollkommen einbüßen will. Zudem sind neue Momente, neue Zeugen hinzugekommen, welche das ganze Bild vervollständigen. Wir stehen auch heute noch auf dem Standpunkt, daß außergewöhnliche Zeiten auch außergewöhnliche Gerichte brauchen. Wir verlangen nur die Berücksichtigung aller maßgebenden Momente. Die „M. P." meint, dann müßten auch die über die Kommunisten gefällten Urteile kassiert werden. Dieser demagogische Vergleich entspricht dem heiligen Geist der „M. P.": Mörder, Plünderer usw. werden ganz harmlos mit den bösen Antisemiten in einen Topf geworfen. Im übrigen glauben wir, daß die notwendigen Prozesse überhaupt noch nicht zur Verhandlung gelangt sind: so z. B. gegen Herrn Oskar Kohn, Kurt Rosenfeld und dann gegen den Hauptschriftleiter der „Münchener Post", Herrn Auer, wegen Organisation eines Überfalls auf offener Straße. Es kommen auch noch diese Zeiten.

Selbstverspottung.

Passen Sie doch etwas besser auf Ihre Mitarbeiter, Herr Auer! Sie schimpfen doch immer über die Korruptionswirtschaft des alten Deutschlands, und plötzlich schreibt Herr Potthoff, nachdem er die heutigen Minister und Geheimräte kritisiert hat, die nur Reden und Reden hielten: „Wäre es so unzeitgemäß, wenn wir uns auf ganz (!) frühere Zeiten besännen, in denen gar nicht geredet, sondern einfach gearbeitet wurde!" Ei, ei, wie unvorsichtig! Wir sind gegen den ganzen Schmutz der heutigen Geldsackrepublik, wie sie schon unter Wilhelm II. begann, und fordern von uns allen nichts als Selbstbesinnung. Wie kann aber der Marxismus, wie kann die „M. P." solche Worte in ihre Spalten aufnehmen!

Ein Totengräber, der sich selbst das Grab schaufelt, ist immerhin ein Phänomen, das wert ist, beachtet zu werden.

Also, liebe „M. P.", mehr Vorsicht!

Internationale verwandschaftliche Beziehungen der jüdischen Hochfinanz

Von Dr. Heinrich Pudor.

4. Berliner Juden.
(Fortsetzung.)

Das zweite Mitglied des Berliner Börsenausschusses ist Siegm. Pincus, preußischer Kommerzienrat, Inhaber eines Bankgeschäftes, zugleich Vorsitzender des Börsenvorstandes für die Abteilung Produktenbörse, vermutlich ein Bruder des Lazar Pincus-Pinkus, Zürich, Freimaurerjude (vgl. Rosenberg, die Spur des Juden, S. 111 ff. und D. W. d. Frm., S. 78), der aus Deutschland nach der Schweiz kam und im Jahre 1918 die bekannte Schrift „Vor der Gründung des Judenstaates" herausgab mit dem typischen Satz: „Tief in die Seelen der Juden gebrannt ist der Satz der russischen Zionisten, daß die Interessen der jüdischen Nation identisch sind mit denen des britischen Volkes." Auch an den „Berliner Tageblatt"-Pinkus (Karl), vom Leipziger Turnfest 1913 her bekannt und berüchtigt, sei erinnert, jetzt Mitarbeiter von Stephan Großmanns Tagebuch. Es ist durchaus notwendig, wie wir hier einschalten, diesen persönlichen Spuren nachzugehen.

Faschingsbetrachtung

Von Westen und Osten lastet der ungeheuerste politische und wirtschaftliche Druck auf dem deutschen Volk. Vom jüdischen Berlin wird es noch mehr geknechtet. Und da ist es denn manchmal, als seien auch die Ernstesten zeitweise vom Teufel besessen: sie verlassen auf einige Abendstunden diese Welt und hüpfen als Inder, Gaukler, Harlekins oder sonstwie ausstaffiert, in irgendeinem der vielen Säle Münchens herum. Ein sonderbares Gemisch von Typen und Charakteren läuft durcheinander: Menschen, denen man es ansieht, daß sie am nächsten Tag wieder sauer arbeiten müssen, zweifelhafte Subjekte, denen das Schlemmen zum Beruf geworden ist, einfach leichtsinnige Vögel beiderlei Geschlechts, die nichts von Not und Elend wissen: das ist der heutige Fasching.

Als in Frankreich während der „großen" Revolution die Guillotine herrschte und die Jakobiner das Land in Schrecken hielten, da wurde getanzt wie noch nie zuvor: das Volk, die Bürger, der Adel, alles hüpfte wie besessen umher. Es gab sogar Bälle, zu denen nur diejenigen zugelassen wurden, die schon Anverwandte unter der Guillotine verloren hatten. Sie wußten auch, daß bald an sie die Reihe kommen würde und tanzten ihre letzten Menuette auf dem Fasching der „großen" Revolution. In der Lage der damaligen untergehenden Gesellschaft befindet sich heute das ganze deutsche Volk: der Karren ist bereit, um es zum Richtplatz zu schleifen, er heißt der Friedensvertrag von Versailles, das Henkersbeil heißt Bolschewismus.

Das ist die objektive Sachlage. Im einzelnen kann man sich manchmal empören, dann wieder — verstehen. Ich glaube z. B. nicht, daß es jemand unseren jungen Akademikern verdacht hat, daß sie ihr Orpheus-Fest in Schwabing vom Stapel ließen und in drastischem Theaterstück über unsere Feinde — lachten, lachten. Und alle, die es sahen, lachten mit. Es erscholl dort im Ulk ein solch überlegenes Lachen, so daß ich mich ernstlich fragte, ob dieses gemeinsame Lachen mich nicht ebenso gestärkt hat wie ein ernstes Buch. — Dann sah ich das Trachtenfest auf der 25. Bauernkirta des Vereins deutscher Kunststudierender und dachte an die Tausende der bayerischen Bauern, wie sie vor nicht allzu langer Zeit, übersprudelnd vor Kraft, durch die Straßen Münchens zogen. Ein Jauchzen und eine Lebensweite und -freude von Urwüchsigkeit wurden geweckt, und wieder mußte ich glauben, daß manches Studentlein, das sich zu diesem Fest viele Mittage abgespart hat, mancher verbitterte alte Herr aus diesen paar frohen Stunden eine Widerstandskraft für später gefunden hat. — Auf den indischen Festen der Künstlergenossenschaft Tivoli versuchen sich die Leutchen an den Ganges zu versetzen, aber bei allen manchmal schönen Aufführungen und trotz bester Bemühungen schleicht sich hier schon ein Ton hinein, der einem die andere, die schwarze Seite des heutigen Faschings zeigt. Es tauchen schon Typen unverkennbaren Dirnentums auf und Männergestalten, deren Absichten gar zu deutliche sind. Auf mancher Redoute soll man nicht wissen, ob man auf einer Tanzveranstaltung oder in einer einzigen großen Animierkneipe ist. Das ganze reiche Schlemmergesindel, dessen Stammquartiere Lokale wie das Luitpold-Tabarin usw. sind, hat sich nun auf den Fasching ergossen. Und da wünscht man diesen ganzen Berufsschiebern und diesem Berufsdrohnentum die Pest auf den Hals. Dann wird einem klar, daß der Fasching von 1922 kein gewöhnlicher Fasching ist, sondern ein Fasching, auf welchem, mehr als jemals früher, gequälte Menschen sich vergessen, ernste einmal aber noch vor dem kommenden Schrecken lachen möchten, wo das Prassertum Triumphe feiern möchte. Ein Tanz auf dem Vulkan wird immer kontrastreicher sein als auf der grünen Wiese. Das unterirdische Donnern ist schon hörbar, auch im Münchener Fasching von 1922.

Büchereinlauf.

Besprechungen unverlangter Artikel vorbehalten. Sämtliche hier angezeigten Bücher können durch unseren Verlag, Thierschstraße 15, bezogen werden.

Die weltpolitische Kräfteverteilung

Im Berliner Zentralverlag ist 1921 eine kurze Darstellung der politischen Neugestaltung nach dem Weltkriege, von Prof. Hötzsch, erschienen. Nach einem Rückblick auf Bismarcks mitteleuropäische Politik und Deutschlands Eintritt in die Weltpolitik unter Wilhelm II. wird die Kräfteverschiebung von Europa nach Amerika und Ostasien behandelt, wie sie der Ausgang des Krieges ergeben hat. Die Sonderstellung Englands als außerhalb europäischen Machtbereiches liegend, tritt dabei klar hervor, während Frankreich sich bemüht, durch Erneuerung der Raubpolitik Ludwigs XIV. und Bildung der Kleinen Entente die erste Rolle auf dem Festlande zu spielen. Als unsere Aufgabe in der Lage, wie die Pariser Friedensschlüsse sie ergeben haben, wird die Schaffung des großdeutschen Staates gestellt. D.

Sprachenkarte von Mitteleuropa

Im Wiener Verlag von Goldschmiedt ist die zweite Auflage der von Dr. W. Winkler bearbeiteten Sprachenkarte von Mitteleuropa erschienen. Nachdem die verschiedenen Friedensschlüsse so manche neue Grenze gezogen haben, die dem Völkerselbstbestimmungsrecht entsprechen sollte, lehrt uns die Sprachenkarte, daß Deutsche unter 12 Staaten verteilt wurden und 15 Millionen der Vereinigung mit der Heimat harren. Für Vorträge dürfte die vorliegende Karte besonders geeignet sein, zumal ihr auch Zahlenangaben beigefügt sind. Ihr Preis beträgt 7 Mark, bei 10 Stück 6 Mark. D.

Hermann Franz, „A Rucksackl voll", Erzählungen und Gedichte in oberbayerischer Mundart. M. 15,—. Verlag Parcus & Co., München.

Vor Dichtungen und Geschichten in oberbayerischer Mundart habe ich nachgerade einen kleinen Schrecken bekommen. Wie viel guter Wille und wie wenig echtes, ursprüngliches Können macht sich in diesem Zweig der Bücherwelt breit. Aber das „Rucksackl voll" von Franz läßt einem das Verzeihen finden für das vielfach Unzulängliche auf diesem Gebiet. Hier offenbart sich nicht nur wurzelechter Humor, hier ist auch mit Meisterschaft der Dialekt wiedergegeben. Der Dichter hat nicht nur flüchtig hineingeschaut in die Gemütsschätze der tiefen Kindlichkeit und Urwüchsigkeit unsrer oberbayerischen Art, man spürt es aus Vers und Prosa, daß er ein treuer Sohn dieser bayerischen Art ist. Die Voraussage ist kein Fehlgriff, daß diese Lieder, aus denen der kräftige, heimattraute Erdgeruch strömte, bald ihre Sänger finden werden, die ebenso einfach und anspruchslos, aber um so echter die Töne aus den Worten locken, denen ein geborener Bayer noch immer sich gefangen gab. Hansjörg Maurer.

Der zweite Band des amerikanischen Buches „Der internationale Jude" wird allseitig mit der größten Spannung erwartet. Wie wir hören, wird mit seinem Erscheinen jedoch vor Anfang März nicht zu rechnen sein. Er wird reichhaltiges Tatsachenmaterial als Ergänzung zum 1. Bande enthalten. Der Preis soll etwa 18 M. betragen.

Die deutsche Frage ist heute eine Personenfrage, denn sie ist eine Juden- und Rassenfrage — auch in diesem Sinne hatte Eugen Dühring mit seiner „personalistischen" Wissenschaft recht. Aus dem gleichen Grunde ist es von solcher Bedeutung, den jüdischen Namen und ihren Veränderungen nachzugehen. Der „Berliner Tageblatt"-Pinkus nennt sich gelegentlich auch Pinthus. Da der Name Pinkus sonst nicht vorkommt, stammen die genannten drei Pinkus darnach mutmaßlich von dem Amsterdamer Juden Pinto ab, der eine Organisation des öffentlichen Kredits nach Art John Laws versuchte, oder von dem portugiesischen Juden Thomas de Pinto, der unter dem Namen Wolf Pascheles im Jahre 1845 in Prag einen Nekrolog des Wiener Großhändlers Hermann Tedesco veröffentlichte. Tedesco ist wieder ein Beispiel für die Annahme westeuropäischer Decknamen seitens der Juden. Eine Fanny von Tedesco heiratete Baron Henry de Worms — Lord Pirbright; auf diese sehr interessante Familie Worms, der ein großer Teil der Insel Ceylon gehört, kommen wir unter „Englische Juden" ausführlich zurück.

Weiter sind in dem Statut des Berliner Börsenausschusses angeführt summarisch „18 auswärtige Mitglieder" ohne Namenangabe. „Auswärtige Mitglieder" in einem örtlichen Börsenausschuß ist etwas auffallend, zumal da die Juden, und um solche handelt es sich wohl ausnahmslos, international sind; aber wiederum ist es folgerichtig, da die Börse eine internationale Institution oder vielmehr ein internationales Gaunerinstitut ist (wir kommen gleich darauf zurück).

Es folgen die stellvertretenden Mitglieder, als erster Bankier Stäckel, ebenfalls preußischer Kommerzienrat (NB. Warum legen diese Leute Wert darauf, daß sie „preußische" Kommerzienräte sind, da sie doch vielmehr jüdische Kommerzienräte sind und sonst auf preußisches Wesen sehr schlecht zu sprechen sind?). Als zweiter der vorerwähnte Norbert Levy, wiederum preußischer Kommerzienrat. Und dann abermals 18 auswärtige „stellvertretende" Mitglieder. Die vorstehenden 40 Mitglieder sind von den Börsenorganen vorgeschlagen. Dazu kommen noch einige „unmittelbar gewählte" Mitglieder, Ed. Arnhold-Wollheim, von Buch, W. Kopetzky, von Flügge, Dr. Göppert, Dr. Schumacher, Graf von der Schulenburg — man sieht, es fehlt auch hier nicht an Staffage und Statisten — und 18 „auswärtige" Mitglieder; ferner stellvertretend Geh. Kommerzienrat Ravené, Holz, Jolles (der Name ist uns aus den Autorschaften der zionistischen Protokolle bekannt[1], Geh. Oberfinanzrat R. Müller, Fr. Jutte („Jutte" ist natürlich nur eine Variation von Judd, Jüdel, Jeiteles — dieser Fr. Jutte ist aber zugleich Leiter der kaufmännischen Abteilung des Reichsverbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften!), Dr. Preißler und außerdem 18 auswärtige Mitglieder. Der vorgenannte Geheime Kommerzienrat mit dem imponierenden Namen Ravené ist trotz seines Reichtums, seines Titels, seines Ansehens und seiner glänzenden Verbindungen ein ganz gewöhnlicher Handelsjude, auf den wir in anderem Zusammenhang zu sprechen kommen. Die Einrichtung der „auswärtigen" Mitglieder dieses Börsenausschusses ist auch insofern folgerichtig, als an den Börsen auch solche Gütermengen konkurrieren, die weit vom Marktorte entfernt sind, ja sogar solche, wie selbst der Universitätsprofessor Rich. Ehrenberg zugeben muß, was aber weder der gesunde Menschenverstand noch der deutsche Menschenverstand fassen kann, „die überhaupt nicht existieren." Die Börse hat es nämlich gar nicht mit Waren zu tun, weder als Metallbörse noch als Lederbörse, folglich auch nicht mit Transport und Lagerung der Waren, nicht einmal mit Bezahlung der Waren, sondern nur mit der Preisbildung, sie lebt von den Preisschwankungen und war schon in ihrem Entstehen das Ergebnis der entstandenen Preisschwankungen (namentlich zufolge des beginnenden Überseehandels), nachdem die Waren nicht mehr in die Hand, sondern auf Bestellung geliefert wurden, und sie ist in sich selbst eine Spekulation auf die Preisschwankung; deshalb mußte sie in der Hand von volksfremdem, gewissenlosem jüdischen Gesindel zu einem Marktplatz für Betrug und Wucher, für Volksbetrug und Volksausbeutung werden.

[1] Ein Maurice Joël ist in der jüdischen biographischen Literatur nicht nachweisbar, dagegen gibt es zwei Brüder, David Joël und Manuel Joël, besonders der letztere „berühmt" als hebräischer Schriftsteller und Rabbiner in Breslau (gest. dort 1890). Ferner gab es einen Rabbiner und hebräischen Schriftsteller Zacharjah Isaiah B. Mordecai Jolles, gest. in Minsk 1852, dessen Sohn sich Süßmann Jolles nennt.

Offener Brief an Rudolf John Gorsleben

München-Freimann.

München, 6. Februar 1922.

In der von Ihnen herausgegebenen Zeitschrift „Deutscher Volkswille", gebrauchen Sie verschiedentlich für Ihre neugegründete Vereinigung den Namen „Schutz- und Trutzbund" und geben als Ihre Geschäftsstelle „von-der-Tann-Straße 14" an. Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß der Schutz- und Trutzbund ein eingetragener Verein ist, und infolgedessen Namenschutz genießt, und fordere Sie auf, diese bewußte Irreführung zu unterlassen, andernfalls ich gerichtlich gegen Sie vorgehen werde. Wie Ihnen ja bekannt ist, sind Sie vom Vertretertag des Schutz- und Trutzbundes, Landesverband Bayern, mit Schimpf und Schande aus dem Bunde ausgeschlossen worden. Danach noch den Titel „Landesleiter" zu führen, ist bezeichnend für Ihren völkischen Ehrbegriff.

Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund
(Ortsgruppe München), von-der-Tann-Str. 14,
Melunke, Geschäftsführer.

Zum Verfassungsstreit der Deutschen Studentenschaft

Vom Kreisamt Bayern geht uns folgende Erklärung der Studentenschaft der Universität Berlin zu:

„Der Ausschuß der Studentenschaft der Friedrich-Wilhelm-Universität zu Berlin erklärt die Notverfassung als für die Universität Berlin nicht rechtsverbindlich.

1. Nach dem Entscheid des Spruchhofes vom 10. Dezember 1921 ist die auf dem Erlanger Studententage eingebrachte Verfassung ungültig. Infolgedessen besteht die alte Göttinger Verfassung zu Recht; mit ihr steht die Verfassung der Studentenschaft der Universität Berlin nicht in Widerspruch.

2. Nach der Göttinger Verfassung ist der Hauptausschuß nicht befugt, eine neue Verfassung mit rechtsverbindlicher Kraft zu beschließen.

3. Bei Abfassung der sogenannten Notverfassung vom 18. Januar 1922 ist der Ausschuß der Studentenschaft der Universität Berlin nicht zu Rate gezogen worden; die nachträglichen Abänderungsvorschläge sind kategorisch abgelehnt worden.

4. Stück 26 der Notverfassung (Wahltermin) bedeutet einen Eingriff in die verfassungsmäßigen Rechte der Studentenschaft der Universität Berlin.

5. Stück 2 der Notverfassung (Mitgliedschaft) bietet nicht die Gewähr, daß bei der Erfüllung der Aufgaben der Austrag politischer Gegensätze ausgeschlossen wird.

6. Stück 3 (Zielformel) entspricht keineswegs den Anforderungen, die die Studentenschaft der Universität Berlin an die Deutsche Studentenschaft stellt. Die Deutsche Studentenschaft hat nur Sinn, wenn sie auch über den Rahmen der Hochschule hinaus Arbeit leistet für Volk und Staat."

Das Kreisamt Bayern:
(gez.) Karslan, stellv. Kreisleiter.

Glückliches München,

jetzt sollst du ein neues, schönes Haus erhalten zur neuen Zierde und zu neuem Ruhme: mitten im Botanischen Garten soll es erstehen, umgeben von hohen Bäumen, inmitten lauschiger Schatten. Und wer soll den neuen Palast bauen? Natürlich eine große Bank: die jüdische Diskonto-Gesellschaft!

Und darüber wird heute überhaupt verhandelt!

Aus der Bewegung

Sektionsversammlungen

Sektion Westend. Am Freitag, den 17. Februar, findet im Restaurant „St. Rupertus", Ecke Trappentreu- und Kazmairstraße Jahresmitgliederversammlung statt. Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht.

Jeden Dienstag: Haidhausen und Giesing, Gasthaus „Zum Thüringer Hof", Belfortstraße 6.

Jeden Mittwoch: Neuhausen, Restaurant „Prinz Alfons", Alfonsstraße 7.

Jeden Donnerstag: Schlachthausviertel, Restaurant „Zum Bürgermeister", Lindwurmstraße 61.

Sektion Pinakothek-Schwabing.

Donnerstag, den 16. Februar, abends 8 Uhr, Sektionsversammlung im Gasthaus „Allotria", Türkenstraße 33.

Jeden Freitag: Westend, Restaurant „St. Rupertus", Ecke Trappentreu- und Kazmairstraße.

Jeden Samstag: Kegelabend, Pfarrstraße 8, bei Parteigenossin Wutz.

Jener Herr, der am 7. Februar 1922 auf unserer Geschäftsstelle in der Corneliusstraße 12 für den „Völkischen Beobachter" das 1. und 2. Quartal 1922 einbezahlte, wird gebeten, in den nächsten Tagen auf unsere Geschäftsstelle zu kommen.

Die Parteileitung.

Neu ausgestellt sind in den Auslagen unserer Geschäftsstelle, Corneliusstraße 12:

„Die Judenfrage in der alten Zeit und die Judenfrage in der neuen Zeit". (Dargestellt in Bildern.)

Zeugen werden gesucht

Am 14. September 1921 kam es bekanntlich im Löwenbräukeller anläßlich des Auftretens des bekannten Bayernbundredners Ballerstedt zu Unruhen im Saale.

Mit Blitzesschnelligkeit konstruierte damals die Staatsanwaltschaft einen Landfriedensbruch. Nachdem in Bayern im Verlauf der letzten drei Jahre mehr als 100 Versammlungen gesprengt worden waren, ohne daß auch nur ein gerichtliches Verfahren deswegen stattgefunden hätte (waren doch die Täter in diesem Falle stets Marxisten), raffte sich ausgerechnet dieses Mal die Behörde sofort zu einer staunenswerten Energie auf.

Unsere Parteigenossen Hitler, Körner, Esser und Huber wurden ohne viel Federlesens zu drei bzw. sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Am 4. November wurde unter Anwendung rohester Brutalität eine Versammlung unserer eigenen Partei im Hofbräuhausfestsaal zu sprengen versucht.

Die Polizei schloß damals die Versammlung.

Zahlreiche Parteigenossen trugen schwere Verletzungen davon.

Ein organisierter Überfall, der in seiner Schlußwirkung nur deshalb versagte, weil unsere Parteigenossen nicht willens waren, sich wehrlos abschlachten zu lassen.

Nichtsdestoweniger bezweifeln die Behörden noch heute, ob es sich damals um eine „planmäßig vorbereitete Aktion" gehandelt haben könnte.

Wir fordern nun alle Parteigenossen auf, die in dieser Hofbräuhausversammlung waren und Beobachtungen über die planmäßige Organisation dieses Überfalles machten, ihre Wahrnehmungen an die Parteileitung zu berichten.

Es ist dringend notwendig, daß alle Parteigenossen, die in dieser Richtung Bestimmtes anzugeben vermögen, sich persönlich auf der Geschäftsstelle der Partei, Corneliusstraße 12, melden.

In der Verhandlung gegen unsere Parteigenossen Hitler, Körner, Esser, Huber hat der Ingenieur Ballerstedt im Verlaufe einer früher gemachten polizeilichen Vernehmung angegeben, er wäre durch den Parteigenossen Huber durch den Saal verfolgt und dabei von diesem dauernd mit hocherhobenem Stuhle bedroht bzw. geschlagen worden.

Diese Behauptung Ballerstedts ist unwahr.

Ballerstedt selber vermochte auch seine früher bei der Polizei gemachten Angaben unter Eid nicht mehr vollständig aufrechtzuerhalten.

Unser Parteigenosse Huber hat das Podium überhaupt nicht verlassen.

Er kann mithin H. B. auch nicht verfolgt haben.

Es hat überhaupt kein einziger Zeuge gesehen, daß H. B. mit einem Stuhl verfolgt worden wäre. Wir ersuchen diejenigen Besucher der damaligen Versammlung, die darüber aussagen können, daß erstens Parteigenosse Huber das Podium nicht verlassen hat und H. B. nicht verfolgte, und die zweitens mit Bestimmtheit aussagen können, daß sie auf Grund ihrer persönlichen Beobachtungen überhaupt niemand mit einem Stuhl auf Ballerstedt einschlagen sahen, sich auf der Geschäftsstelle der Partei unverzüglich zu melden.

Münchner Nachrichten

Ein Bekämpfer der Einbrecher

Hsj. Der Elektrotechniker Herr Karl Zapf führte unlängst vor einem kleinen geladenen Kreise seine neue, ebenso geistreiche wie praktische Erfindung vor. Es handelt sich um ein elektrisches Alarmwerk zur Sicherung gegen Diebe und Einbrecher. Zunächst ist man über die absolute Zuverlässigkeit des Werkes erstaunt, bei dem ein Versagen die reine Unmöglichkeit ist. Der Sinn der Einrichtung ist folgender: Es soll dem Einbrecher unmöglich gemacht werden, sei es auf welchem Wege immer, unbemerkt sich in Wohnungen, Häuser, Kassen- und Tresor- wie Geschäftsräume einzuschleichen. Dies wird erreicht durch Anbringen von entsprechenden, unscheinbaren Vorrichtungen an Türen, Schlüssellöchern, Wänden, Fußböden, Zimmerdecken, Speicherräumen, Treppen, Kassen- und Aktienschränken. Diese Vorrichtungen sind mit dem Kontaktwerk der Alarmglocken durch Leitungsdrähte verbunden. Auf den leisesten Druck, z. B. gegen die gesicherte Türe, werden die Alarmglocken in Tätigkeit gesetzt; der Besitzer weiß, was los ist, und kann sich vorsehen, ehe es zu spät ist. Vermöge dieser Einrichtung ist es dem Einbrecher völlig unmöglich, die im Hause befindliche Lichtleitung durch Ausschrauben von Sicherungen zu stören. Ja, selbst das Abschneiden der Leitungen des Alarmwerkes rächt sich damit, daß gerade durch das Durchschneiden der betreffenden Drähte das Läutwerk einsetzt. Der praktische Wert dieser Erfindung liegt auf der Hand. Für Besitzer von Villen z. B., die etwas abgelegen liegen und, wie der Fall des Oberamtsrichters Luder in Dießen beweist, gerne von Einbrechern „besucht" werden, wird die Erfindung von größter Bedeutung werden. Der Erfinder wird sich gerade in der heutigen Zeit, die mit lichtscheuem Diebsgesindel so überreich gesegnet ist, reichen Dank derjenigen sichern, die er durch seine Einrichtung vor Schaden bewahrt. Für fachmännische, dauerhafte Ausführung wird unter Zusicherung strengster Verschwiegenheit garantiert. Herr Zapf ist zu mündlichen Auskünften und kostenloser Vorführung jederzeit bereit. Sein Bureau befindet sich Eggernstraße 8. Möge dem Erfinder der Lohn werden, der ihm reichlich gebührt!

„Aus der Heimat kommt der Schein..." Den unter diesem Titel von Dr. Georg Schott veranstalteten Feier folgte am vergangenen Dienstag, der 3. Teil. Die Grundlage hierfür gab das Erstlingswerk des bekannten Nürnberger Lyrikers Th. Übelacker, „Sankt Überall". Eine Idee, entfaltet in Wort, Ton und Bild. Fürwahr, eine gute Idee! Aus dem Vortrage des Verfassers sprach, was seinen Werken eigen ist: schlichte Einfachheit, tiefes Empfinden und eine allumfassende Liebe. Das ist deutsche Dichtung! — Die Gedichte wurden trefflich ergänzt durch Lichtbildvorführungen von Gemälden bekannter Künstler sowie durch fein ausgesuchte vorzügliche Musikvorträge (namentlich Bach, Schumann, Schubert, Chopin). In lobenswerter Weise beteiligten sich daran die Herren Professor Walch (Klarinette), F. Schunk (Bariton), A. Langefeld (Klavier), H. Sagerer (Orgel). Ein starker Besuch zeugte von regem Interesse an Schotts sinnigen Feiern. Ph. B.

Tarifbewegung. Über die Tarifverhandlungen für die kaufmännischen Angestellten im Münchener Einzelhandel berichtet uns der Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände (Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband und Verband der weiblichen Handels- und Bureauangestellten), daß, nachdem ein Verhandeln auf freier Grundlage mit der Arbeitsgemeinschaft des bayerischen Einzelhandels nicht gegeben war, der Schlichtungsausschuß München-Stadt in seiner Sitzung vom 31. Januar d. J. einen einstimmigen Schiedsspruch gefällt hat, der für die Monate Januar und Februar einen 30prozentigen Zuschlag auf die Dezembergehälter und darüber hinaus die Durchtarifierung bis einschließlich 12. Berufsjahr für die weiblichen Angestellten vorsieht. Die Frist zur Abgabe der Annahme- oder Ablehnungserklärung läuft am 8. Februar 1922 ab. Nähere Auskünfte erteilt der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband, Landesgeschäftsstelle München, Kaufingerstraße 1—2/II, Tel. 24 291, und der Verband der weiblichen Handels- und Bureauangestellten, Gaugeschäftsstelle Südbayern, München, Jägerstr. 9, Tel. 27 267.

Spielplan der Münchener Theater

Lustspielhaus. Montag, den 13. Februar, abends 7½ Uhr, bis Mittwoch, „Die Fledermaus". Ab Donnerstag täglich abends 7½ Uhr, sowie Sonntag, den 18. Februar, nachmittags 3½ Uhr (bei ermäßigten Preisen) „Die Dollarprinzessin".

Münchner Theater. Täglich, abends 7½ Uhr, „Stehauferl". Desgleichen Sonntag, nachmittags ½4 Uhr.

Volkstheater. Täglich, abends 7½ Uhr, „Der keusche Lebemann".

Schauspielhaus. Sonntag, den 12. Februar, abends ½8 Uhr, „Der Sieger", „Die große Katharina"; Montag „Peer Gynt"; Dienstag „Der Sieger", „Die große Katharina"; Mittwoch zum ersten Male „Emilia Galotti"; Donnerstag „Peer Gynt"; Freitag und Sonntag „Emilia Galotti".

Verantwortlich für die Schriftleitung: Dietrich Eckart. — Für den Anzeigenteil: Philipp Bouhler. — Verlag: Fz. Eher, Nachf., G. m. b. H. — Rotationsdruck: Münchener Buchgewerbehaus M. Müller & Sohn. — Sämtliche in München.

Deutschvölkischer Schutz- u. Trutzbund
Ortsgruppe München

Am Mittwoch, den 15. Februar, abends 8 Uhr, im Restaurant Bauerngirgl, Residenzstr. 19—20

Mitgliederversammlung

U. a. Bericht über die Vertretertagung des Landesverbands Bayern am 21. u. 22. Jan. in München und über die Bundesvorstandssitzung am 28. u. 29. Jan. in Hamburg.

Erscheinen zu dieser Versammlung Ehrensache.

Der Vorstand: J. A. Schmitt, Geschäftsführer

Empfehlen unsere vorzügl. Qualitätsbiere in Flaschen:

Erstes Kulmbacher-Export (dunkel)
Fürstenberg-Bräu-Export (hell)
Schloßbräu-Planegg (dunkel und hell)

General-Vertreter:
J. Weigert & Co., Hans-Sachs-Str. 12, Tel. 23852

GASTSTÄTTE ROSEN-CASINO
[illegible]

Erstklassige Küche zum Mittag- und Abendtisch
Angenehmster Familienaufenthalt. / Abendmusik

Anton und Anna Heppner

Für Kinder
ist die beste Seife
Steckenpferd Buttermilch-Seife

„Zwei wunderbare Sachen" sagt ein alter Patient, „führen Sie mit Ihren Cramintabletten und Ihrem Germosan. Ihr Cramin hat bei meiner oft unerträglichen Gicht und Rheuma glänzend geholfen, und Ihre vortrefflichen Germosantafeln trage ich stets in der Westentasche bei meinen plötzlichen und ekelhaften Migräne- und Neuralgieanfällen. Mit diesen beiden Mitteln müßten Sie eigentlich Bombengeschäfte machen." In Apotheken erhältlich, à